

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 151. Ratssitzung vom 12. April 2017

2857. 2017/81

Postulat von Ezgi Akyol (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 29.03.2017: Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal, Realisierung von zusätzlichen Angeboten, die nicht durch das Staatssekretariat für Migration finanziert werden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Ezgi Akyol (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2811/2017): Die Stadt wird durch das BAZ Kosten sparen, weil sie 360 asylsuchende Menschen weniger selber betreuen muss. In der Weisung heisst es, dass die Stadt jährlich rund eine Million Franken einsparen wird. Wir wollen aber glauben, dass es der Stadt nicht in erster Linie um Kosteneinsparungen ging, sondern darum, aufzuzeigen, dass sie eine bedeutende Rolle im Schweizerischen Asylwesen einnehmen kann. Das Ganze darf keine Sparübung werden. Damit das Zentrum unserer Stadt gerecht werden kann und von der Stadtzürcher Bevölkerung akzeptiert wird, müssen wir bereit sein, Leistungen zu ermöglichen, die vom SEM nicht finanziert werden, einen externen Schulbetrieb beispielsweise. Die zusätzlichen Mittel sollen unter anderem für genügend Lern-, Freizeit- und Beschäftigungsangebote und genügend qualifiziertes Personal eingesetzt werden. Im Bericht des Testbetriebzentrums Juch wird klar, dass zu den häufigsten Diagnosen posttraumatische Belastungsstörungen, Kopfschmerzen und Ein- und Ausschlafstörungen gehören. Auf diese Diagnosen folgen aber offenbar keine Therapiemöglichkeiten. Mit den zusätzlichen Mitteln soll auch die somatische und psychiatrische Versorgung sichergestellt werden. Wir wollten das Anliegen nicht in der Budgetdebatte einbringen, weil wir der AOZ selbst zugestehen wollten, zu entscheiden, wofür sie mehr Geld einsetzen. Dafür wird aber ein gewisser finanzieller Spielraum benötigt, der mit dem vorliegenden Postulat signalisiert werden soll. In der Budgetdebatte kann man dann genau festlegen, wofür der AOZ das Geld zugesprochen werden soll.*

***Roberto Bertozzi (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die Argumentation für die Ablehnung habe ich schon vorher genannt. Auch dieses Postulat bedeutet einen Eingriff in die Aufbau- und Ablauforganisation eines Bundesbetriebs. Wir sind der Meinung, dort soll sich die Stadt nicht einmischen, sondern es dem Bund überlassen, die Angebote so zu gestalten, wie er will. Die Betreuung und die Angebote sind Bundessache. Ab dem Moment, in dem die Asylbewerber durch das Verfahren gegangen sind und definitiv in der Schweiz aufgenommen werden, kann man sich auf Stadtebene überlegen, welche Angebote man starten kann. Aber die 140 Tagen der Überprüfung sind zu kurz, um solche Angebote anzubieten.*

2 / 2

Weitere Wortmeldungen:

Markus Baumann (GLP): Wenn konkrete Bedürfnisse da sind, würden wir diese auch unterstützen. Die AOZ weiss ganz genau, was sie benötigt. Dafür soll sie konkrete Anträge stellen. In der Budgetdebatte können wir uns mit den Bedürfnissen auseinandersetzen und diese prüfen. Wir wollen nichts verhindern, aber auch nicht einfach Geld sprechen, deshalb enthalten wir uns.

Alan David Sangines (SP): Das vorige Postulat über liberale Gestaltungen wurde von der GLP abgelehnt, weil sie für Gleichbehandlung plädiert. Jetzt, wo es darum geht, zusätzliche Angebote für die Menschen zu schaffen, zögert man auch. Die AOZ muss doch wissen, was wir wollen, damit sie es ins Budget stellen kann. Deshalb müssen wir den Auftrag geben und formulieren, was wir möchten.

Markus Baumann (GLP): Wir sagen nicht, dass es nicht benötigt wird. Wir möchten nur jetzt noch nicht darüber entscheiden, sondern auf konkrete Anträge warten. Diese werden so oder so über das Budget gestellt werden. Die AOZ hat genug Möglichkeiten dies zu entscheiden und in die RPK einzubringen und dann befinden wir über konkrete Anträge.

Das Postulat wird mit 58 gegen 45 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat